

STADTVERWALTUNG APOLDA

Der Bürgermeister

Pressemitteilung

04-05/2011



OVG Weimar gibt grünes Licht für Kindertagesstätte

Die Inbetriebnahme der Kindertagesstätte in der Moskauer Straße wird aus rechtlichen Gründen nicht verzögert.

Der Versuch von zwei Nachbarn, den Umbau der ehemaligen Berufsschule zu einer Kindertagesstätte wegen zu hoher Lärmbelästigung zu verhindern oder wenigstens zu verzögern, ist bisher gescheitert. Das Thüringer Obergerverwaltungsgericht hat nunmehr die Beschlüsse des Verwaltungsgerichtes Weimar bestätigt.

Das Gericht hat in den Verfahren des vorläufigen Rechtsschutzes eine summarische Prüfung vorgenommen. In dieser kam das Gericht zu dem Ergebnis, dass die der Stadt Apolda erteilte Baugenehmigung in der Form, welche sie durch den Änderungsbescheid vom 10. Juni 2010 erhalten hat, nicht gegen das baurechtliche Rücksichtnahmegebot verstößt.

Dieses sahen die Antragsteller verletzt. Dabei bezogen sie sich insbesondere auf den zu erwartenden Lärm durch die geplante Freiflächennutzung der Kindertageseinrichtung sowie den von ihr ausgelösten Zu- und Abfahrtsverkehr.

Das Interesse der Allgemeinheit und das der Stadt Apolda an der unverzüglichen Ausnutzung der Baugenehmigung überwiegt aber über das private Interesse der Antragsteller. Ihre gegen die Baugenehmigung eingelegten Widersprüche und sich hieran etwa anschließende Klagen werden „weder offensichtlich noch mit hoher Wahrscheinlichkeit Erfolg haben“, so das Obergerverwaltungsgericht in seiner Begründung der Beschlüsse vom 13. April 2011.

(Zeichen: 1.453)

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an Jörg Jagdberg, Abteilungsleiter Recht, Tel. 03644 650-181.

Apolda, 24. Mai 2011

Rüdiger Eisenbrand
Bürgermeister